

Hannover, den 16. Februar 2006

Giftmülldeponie Sigmundshall auf der Kippe ?

Erörterungstermin am 21. Februar mit Spannung erwartet.

Am 21. Februar, 10:00 Uhr findet in Steinhude (Strandterrassen) ein Erörterungstermin statt, an dem die Einwendungen der Bürger/innen und Verfahrensbeteiligten mit den Behörden zur Erweiterung der Kalihalde Sigmundshall in Bokeloh öffentlich diskutiert werden sollen. Der BUND ruft die Öffentlichkeit dazu auf, dass sich alle Betroffenen aktiv daran beteiligen und ihre berechtigten Sorgen vortragen. Hauptkritikpunkte der Anlieger und des BUND sind:

- Seit Jahren betreibt die Kasseler K+S AG auf Sigmundshall bei Wunstorf-Bokeloh eine nicht ordnungsgemäß genehmigte Anlage zur Aufbereitung von Aluminium-Salzschlacken (REKAL-Anlage) und vergiftet damit die Umwelt.
- Durch die Kalihalde bei Bokeloh ist das Grundwasser bereits massiv versalzen und das Wasserwerk Hohenholz ist gefährdet.
- In einem getrennten Verfahren hat jetzt K+S die Einleitung weiterer Salzmengen in die Leine und das FFH-Gebiet „Untere Leine“ beantragt und verfährt bereits entsprechend.

Hintergrundinformationen:

Aluminium-Salzschlacken sind Sondermüll, für den EU-weit ein Deponieverbot besteht. Doch in Wunstorf-Bokeloh landen 80 Prozent der aufgearbeiteten Salzschlacken (REKAL-Abfälle) mitsamt den darin enthaltenen Schwermetallen, Dioxinen und Gas bildenden Substanzen als Abdeckung auf der Kalihalde. Anlagen zur Aufbereitung von Salzschlacken müssen nicht nach Bergrecht, sondern nach dem Bundesimmissionsschutz-Gesetz genehmigt werden. Diese Genehmigung fehlt. Weiter müssen die Emissionen der Rückstandshalde und ihrer Abdeckung gemäß den Vorschriften der TA-Luft überwacht werden. Entstehende Abfälle unterliegen dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz und müssen nach Möglichkeit vermieden werden. Für die Abfallverwertung sind vorgeschriebene Technische Regeln einzuhalten. Diese Gesetze scheinen K+S und die Beamten des ehemaligen Landesbergamtes jedoch nicht weiter zu stören: Entgegen wiederholter Kritik durch den BUND sollen die skandalösen und rechtswidrigen Praktiken auch zukünftig weiter verfolgt werden.

Drohende Grundwasserversalzung:

Ein weiterer Gegenstand des Termins ist die Erweiterung der Kalihalde. BUND Experte Dr. Ralf Krupp betont: „Durch die Erweiterung der Kalihalde in Richtung Norden wird auch das Grundwasser nördlich der Halde einer Versalzung preisgegeben.“ Dadurch wird mittelfristig das FFH-Gebiet (Schutzgebiet gemäß der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) „Steinhuder Meer“ bedroht. Östlich der Kalihalde dehnt sich eine Salzflut im Grundwasser aus, die schon den Südteil des Trinkwasserschutzgebietes Hohenholz erfasst hat. Zum Salz kommen auch die weiteren Schadstoffe der REKAL-Abdeckung hinzu. Offenbar hat die Bergbehörde auch gegen diese rechtswidrigen Zustände bislang nichts unternommen. Der Geowissenschaftler Dr. Krupp warnt: „Die von Kalihalde ausgehende

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BUND Region Hannover
Goebenstr. 3a
D-30161 Hannover

Tel.: (0511) 66 00 93
Fax.: (0511) 66 00 93
e-mail: bund.hannover@bund.net

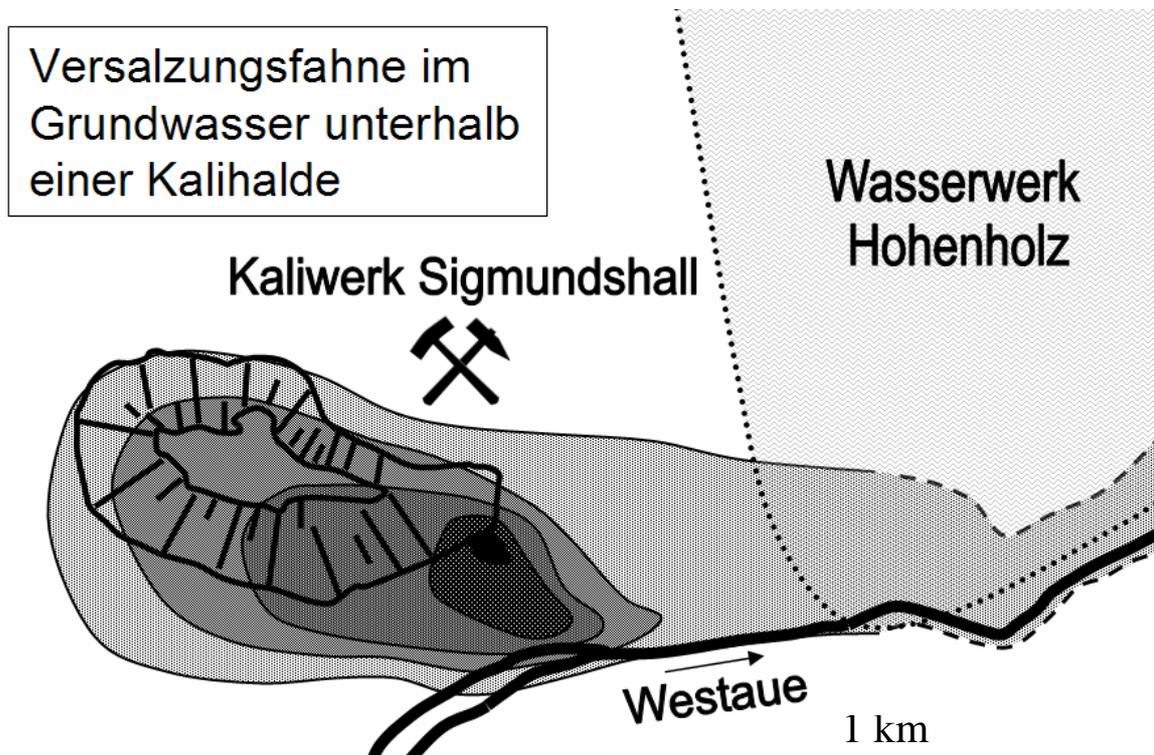
Grundwasserversalzung, wie wir sie heute an zahlreichen Orten beobachten, ist erst der Anfang. Wenn die Salzeinträge nicht bald an der Quelle gestoppt werden, sind in einigen hundert Jahren riesige Grundwasservorkommen durch Versalzung nicht mehr nutzbar. Bis zu ihrer völligen Auflösung durch Niederschläge kann eine einzige Kalihalde mit 30 Millionen Tonnen Salz bis zu 72 Kubik-Kilometer Süßwasser unbrauchbar machen.“

Salz und andere Schadstoffe belasten die Leine

Der Umweltsünden nicht genug beantragt K+S jetzt auch noch eine Erhöhung der Salzwassereinleitungen auf 800.000 Kubikmeter pro Jahr in die Leine, die im Rahmen einer vom Bergamt erteilten „Genehmigung für den vorzeitigen Beginn“ bereits seit 2003 stattfindet! Neben Salz enthalten die Produktions- und Halden-Abwässer große Mengen Ammonium-Stickstoff, Kalium, organische Schadstoffe und Schwermetalle, die eine Erreichung der Erhaltungsziele des FFH-Gebietes „Untere Leine“ verhindern. Die zunehmenden Schadstoffeinträge verstoßen gegen das Verschlechterungsverbot des Wasserrechts und verhindern die Erreichung eines „guten ökologischen Zustands“ in der Leine, wie er von der europäischen Wasserrahmenrichtlinie vorgeschrieben wird.

Kreislaufwirtschaft als Alternative

Der BUND fordert das sofortige Ende dieser umweltschädlichen Praktiken und eine Umstellung auf gesetzeskonforme und nachhaltige Produktionsweisen und die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte. Dazu gehört die Umstellung der REKAL-Anlage auf einen abfallfreien Betrieb, wie er Stand der Technik ist. Dazu gehört auch die stoffliche Verwertung der Rückstandshalde und die Sanierung des von K+S verursachten Grundwasserschadens. Ebenso müssen die Produktionsabwässer durch Kreislaufführung reduziert werden. Der BUND fordert den Niedersächsischen Landtag und das Wirtschaftsministerium dazu auf, endlich ihren Dienstaufsichtspflichten gegenüber dem ehemaligen Landesbergamt (jetzt Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie) nachzukommen.



Mehr Informationen im Internet unter www.bund-hannover.de

Rückfragen: Dr. Ralf Krupp - BUND Region Hannover Tel.: 05136 - 7846

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BUND Region Hannover
Goebenstr. 3a
D-30161 Hannover

Tel.: (0511) 66 00 93
Fax.: (0511) 66 00 93
e-mail: bund.hannover@bund.net